

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt



Einziges Tagesblatt im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den anrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich Max G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445.

**Druckumsatz:** Jeden Sonntag abends um den folgenden Tag. **Bezugspreis** für die Zeit eines halben Monats: Frey im Haus halbmöndlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsverleger und die Geschäftsstelle nehmen bezugl. Bestellungen entgegen.

**Postcheck-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindefordernis:** verbantragtrocknete Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — wird die Verantwortung der Zeitung oder der Verleger nicht übernommen. — Die Redaktion der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis** (in Goldmark): Die 43 mm breite einseitige Druckzeile 25 Pfg., drittelbreite 20 Pfg., die 60 mm breite Reklameseite (im Textteil) 70 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahlungstag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 39

Dienstag, den 16. Februar 1926.

81. Jahrgang

## Tageschau.

**\* Die Reichsregierung wird in der Frage der Ratsfische in London einen diplomatischen Schritt unternehmen.**

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, wird in Berlin erwartet. Er wird noch im Laufe des Montag oder Dienstag eine Unterredung mit dem Reichsaußenminister haben.

Der Haushaltsauschuss des Reichstages hat am Reichstagsabend große Abschnitte gemacht. Der Reichswehrminister sprach sein Bedauern aus, daß durch diese wichtige Aufgaben der Reichswehr eingeschränkt werden müssen.

**\* In Auffig fand am Sonntag ein deutscher Volkstag statt, der sich zu einer großen Kundgebung des subdeutschen Volkes gegen die tschechische Unterdrückungspolitik gestaltete.**

Der Kreuzer „Hamburg“ hat am Sonntag seine auf 15 Monate berechnete Auslandsreise angetreten.

**\* In allen Orten Ostoberschlesiens, in denen sich Ortsgruppen des deutschen Volksbundes befinden, haben die Polen zahlreiche Deutsche verhaftet.**

Die unter Vermittlung der französischen Regierung geführten Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts zwischen Rußland und der Schweiz sind gescheitert.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

## Nach dem Genfer Spruch

Der Beschluß, den der Völkerbundsrat am Freitag gefaßt hat, ist durchaus zwiespältiger Natur. Angesichts der in Genf laufenden Intrigen ist der Punkt 2 der für die Völkerbundsversammlung vorgeschlagenen Tagesordnung der wichtigste und dieser Punkt sagt im Grunde genommen gar nichts, da er einfach feststellt, daß Beschlüsse des Rates, betreffend den Art. 4 der Völkerbundsstatuten gefaßt werden müssen. Der Artikel 4 sieht vor, daß der Völkerbundsrat die Zahl der ständigen Mitglieder mit Zustimmung der Vollversammlung erhöhen kann. Will man die in Genf gewählte Formulierung günstig auslegen, so kann man darunter verstehen, daß eben die in Locarno gegebene Zusage erfüllt und ein neuer Ratsfisch für Deutschland geschaffen werden wird. Die Möglichkeit, daß der Völkerbundsrat aber auch noch weitere neue Sitze schafft, bleibt völlig offen, und wenn man an die intensive Arbeit denkt, die Frankreich im Interesse Polens, selbstverständlich auch im eigenen Interesse leistet, so ist keinerlei Optimismus erlaubt, daß die Gefahr eines illegalen Vorgehens irgendwie beschworen sei. Im Gegenteil, jeder Pessimismus erscheint berechtigt, da neueste Londoner Telegramme einen Umfall Englands in der Polenfrage vorzubereiten beginnen. Nun ist es ja allerdings so, daß die Schaffung eines neuen Sitzes nur mit Einstimmigkeit im Völkerbundsrat erfolgen kann und daß, wenn schon England umfällt, vielleicht doch Italien oder Japan ihre Zustimmung verweigern werden. Aber es ist keinerlei Sicherheit dafür vorhanden, daß ein solcher Widerspruch erfolgt und es ist ebenso keine Sicherheit dafür vorhanden, daß nicht Frankreich trotz der in Locarno gegebenen Zusage der Aufnahme Deutschlands in den Rat widerspricht, wenn man ihm nicht auch zugleich den Ratsfisch für Polen zubilligt. In welcher Lage befindet sich nun die deutsche Regierung? Man hat guten Grund anzunehmen, daß im Auswärtigen Amt mit einigem Hochdruck gearbeitet wird. Aber das geschieht alles unter dem Siegel der Verschwiegenheit und hinter den Kulissen der Geheimdiplomatie, die doch eigentlich in der glorreichen Republik keine Existenzberechtigung hat. Die deutsche Öffentlichkeit kann also in keiner Weise nachprüfen, ob wirklich alles Notwendige geschieht, um die unzweifelhaft bestehende Gefahr zu bannen oder die Vorbedingungen dafür zu treffen, daß Deutschland sein Aufnahmegebet zurückzieht, wenn sich die Zusammenfassung des Völkerbundsrates tatsächlich in so grundlegender Weise ändern sollte. Man hört, daß Herr Stresemann die Absicht habe, zum 8. März nach Genf zu reisen, um dort bei der Völkerbundsvollversammlung die deutschen Interessen und den deutschen Standpunkt zu vertreten. Ausdrücklich wird versichert, daß der Reichkanzler Luther nicht mit von der Partie sein werde und diese Versicherung ist es gerade, die in der deutschen Öffentlichkeit lebhafteste Unruhe hervorgerufen muß. Herr Dr. Stresemann hat die Gabe besonderer Auffassung. Er sieht die Dinge viel öfter, wie er derer Auffassung. Er sieht die Dinge viel öfter, wie er derer Auffassung. Er sieht die Dinge viel öfter, wie er derer Auffassung.

er sich leider nur zu oft gefällig, führt ihn zu Fehlschlüssen und zu Entscheidungen, die Deutschland festlegen und für die es nachher die Kosten zu tragen hat, ohne irgendwie in den Besitz hoffnungsfreudig erwarteter Rückwirkungen zu gelangen. Wer bürgt dafür, daß Herr Dr. Stresemann, wenn er in Genf wieder einmal zu einer Motorbootfahrt eingeladen wird, dann nicht plötzlich die Dinge ganz anders ansieht und mit freudig lächelnder Miene alle Befürchtungen zerstreut, die jetzt noch in seiner nächsten Umgebung und von ihm selbst sogar sehr ernst gehegt werden. Das eine ist sicher, er kommt als Triumphator von Genf zurück, nur ist es — leider — unsicher, ob er darüber triumphiert, daß sein alter Optimismus wieder auferstanden ist oder ob er wirklich sachlichen Grund zum Triumph hat, weil Deutschland in der Tat seinen Ratsfisch erhielt und gegen eine weitere Vermehrung der Ratsmitglieder ein sicherer Riegel vorgeschoben wurde. Braucht man nach allem Vorgefallenen noch erst der Furcht Worte zu verleihen, daß eher das Erste als das Zweite eintreten wird?

## Deutscher Schritt in London.

London, 15. Febr. (Draht.) Nach dem Sunday Express wird Deutschland in der Frage der Ratsfische einen diplomatischen Schritt unternehmen. Herr Schamer, der deutsche Botschafter in London wird die Empfindungen seiner Regierung Chamberlain Anfang dieser Woche übermitteln. Er werde vielleicht sogar zu verstehen geben, daß, wenn die Intrigen wegen der Ratsfische fortgesetzt werden sollten, Deutschland seine Stellungnahme zum Völkerbund einer neuen Prüfung unterwerfen werde. Das könnte das Ende des Locarnopaktes bedeuten.

## Sir Eric Drummond nach Berlin abgereist.

Berlin, 15. Febr. (Draht.) Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, ist Sonntag vormittag von Genf abgereist. Die Zeit seiner Ankunft in Berlin wird nicht bekanntgegeben, da man Demonstrationen des Publikums befürchtet. Dem Generalsekretär wird während seines Berliner Aufenthaltes ein Herr des Auswärtigen Amtes attachiert. Der Generalsekretär reist allein, doch wird ihm während seiner Berliner Anwesenheit ein Herr der Informationsabteilung in Genf, der holländische Pelt, unterstützen. Pelt wird voraussichtlich einen Tag später als Sir Eric Drummond in Berlin eintreffen. Er befindet sich zur Zeit im Haag.

## Neue Besatzungslasten.

Berlin, 14. Febr. Der Deutschen Tageszeitung wird aus Speyer gemeldet: Der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee hat für die französische Besatzung eine im Speyerer Stadtpart gelegene Fläche zur Anlage eines neuen Truppenübungsplatzes beschlagen. Hierzu mußten insgesamt etwa 30 000 Quadratmeter Wald abgeholzt werden. Der französischen Garnison stehen in nächster Nähe der Stadt schon zwei Übungsplätze zur Verfügung.

Moers, 13. Febr. In der Hauptversammlung des Bezirksvereins Moers des Allgemeinen Deutschen Jagdschützenvereins gab Direktor Otto einen Bericht über den früheren und augenblicklichen Reihbestand am linken Niederrhein. Aus dem Bericht ging hervor, daß der einstmalige ansehnliche Bestand durch die Besatzungstruppen fast völlig abgeholzt worden ist. In manchen Landchaften ist diese Wildart völlig ausgerottet. Es wurde deshalb beschlossen, an die Regierung heranzutreten, damit in den Staatsforsten Rehe ausgelegt werden.

## Die Deutschenhete in Oberschlesien.

Katowitz, 14. Februar. In den Geschäftsräumen des Deutschen Volksbundes in Ost-Oberschlesien fanden in den letzten Tagen mehrfach Hausdurchsuchungen durch ein starkes Aufgebot von Kriminalbeamten statt. Auch in Königshütte und bei diesen deutschen Personen im ganzen Lande wurden Revisionen vorgenommen. Insgesamt 21 Personen, darunter u. a. Schulrat Dudel, der die Minderheitsfrage in Deutschen Volksbunde bearbeitet, wurden verhaftet. Die mit der Hausdurchsuchung beauftragten Polizeibeamten gaben an, daß es um die Auffindung von Beweismitteln für staatsfeindliche Tätigkeit handele. In maßgebenden Kreisen des Deutsch-

tums Ost-Oberschlesiens sieht man in der ganzen Sache lediglich einen Erfolg der Bührarbeit des Westmarkenvereins gegen das Deutschtum. Irgendwelche Unterlagen für die Rechtfertigung eines Verdachtes staatsfeindlicher Tätigkeit sind bestimmt nicht zu finden, denn der Deutsche Volksbund vertritt nichts anderes als die dem Deutschtum im Genfer Abkommen garantierten Rechte.

Bezeichnend für die heftigen Bestrebungen polnischer Chauvinisten ist eine Neuherung der Obdientie Elonki, die sogar das deutsche Generalkonsulat der Spionage beschuldigt und dessen Entfernung fordert. Das Blatt schreibt schließlich:

„Gegen die Deutschen gibt es nur ein System, sich von ihnen zu trennen und mit eiserner Konsequenz danach zu trachten: Sie von der polnischen Erde zu vertreiben. Ausrotten! Vernichten! Mit solchen Spionen, Verrätern und Verchwörern wird das polnische Volk schon fertig werden.“

## Die Verhaftungen in Polnisch-Oberschlesien.

Gleiwitz, 15. Febr. (T.-U.) Wie jetzt bekannt wird, sind bisher in Polnisch-Oberschlesien 39 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen erstrecken sich über ganze Ost-Oberschlesien und sind in allen Orten erfolgt, in denen sich Ortsgruppen des Deutschen Volksbundes befinden. Die polnischen Polizeibehörden verweigern auch weiterhin jede Auskunft über den Zweck der Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. Freilassungen sind bisher nicht erfolgt. Die polnischen Blätter richten die schärfsten Angriffe gegen Deutschland.

## Deutscher Tag in Auffig.

Prag, 14. Februar. Heute fand in Auffig a. d. Elbe unter Teilnahme zahlreicher Subdeutscher, Abgeordneter, Senatoren, Bürgermeister und Gemeindevorsteher aus allen Teilen Deutschböhmens ein deutscher Volkstag statt, der sich zu einer großen Kundgebung des subdeutschen Volkes gegen die von der tschechischen Regierung erlassene Sprachverordnung gestaltete. In der Versammlung, die unter Vorsitz des Abgeordneten Spina tagte, wurde von den deutschen Parlamentariern dagegen Protest erhoben, daß die deutschen Volksvertreter durch die Maßnahmen der tschechischen Regierung vor eine vollendete Tatsache gestellt wurden. Der Volkstag schloß unter Absingung nationaler Lieder ohne Zwischenfall.

## Zu den Gerüchten über ein deutsch-österreichisches Geheimabkommen.

London, 15. Februar. (Draht.) Den Enthüllungen einer polnischen Zeitung, wonach angeblich zwischen Deutschland und Oesterreich ein geheimes Verbot als Vorbereitung des Anschlusses abgeschlossen worden sei, finden in London keinen Glauben. Die Sunday Times schreibt, daß von der Richtigkeit der Meldung niemand überzeugt sei. Die Kenntnis eines Geheimvertrages sei im allgemeinen auf wenige Minister beschränkt und werde niemals einer gesetzgebenden Körperschaft bekannt gegeben. Der Vorschlag, daß Sachsen Oesterreich im deutschen Reichstag vertreten solle, sei eine Absurdität und im übrigen widerspreche das angebliche Abkommen der gegenwärtigen politischen Lage.

## Zusammenstöße bei den rumänischen Wahlen.

Paris, 15. Februar. (Draht.) Telegramme aus Bukarest besagen, daß es im Verlauf der Wahl zu heftigen Zusammenstößen in verschiedenen Gegenden Rumäniens gekommen ist. Bisher sind 3 Tote und 20 Verwundete festgestellt worden. In Bukarest selbst wurden große Truppenabteilungen aufgebieten, die dauernd durch die Straßen marschierten.

## Die persisch-russische Spannung.

Paris, 15. Februar. (T.-U.) Aus Teheran wird gemeldet, daß die persische Nationalversammlung eine Gesetzesvorlage abgelehnt hat, die bedeutende Konzessionen an Sowjetrußland in den Gebieten links des Kaspiischen Meeres verleiht.